

Niederschrift Nummer INT/11/004

Gremium	Sitzung am
Integrationsrat	02.06.2015

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Saal II des Ratstraktes	17:00 - 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Suvat Kaya
 Schriftführerin: Juditha Siebert

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

Mitglieder Integrationsrat

Frau Bedirye Domurcuk	1. stv. Vorsitzende	
Frau Pinar Elek	2. stv. Vorsitzende	ab 17:15 Uhr
Herr Hüseyin Gürbüz	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Ismail Cakir
Frau Isilay Isilar	ordentl. Mitglied	
Herr Suvat Kaya	Vorsitzender	

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Herr Christian Pollack	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Julian Deuse
Herr Bernd Schäfer	ordentl. Mitglied	

Christlich Demokratische Union

Herr Thomas Heinzel	ordentl. Mitglied
---------------------	-------------------

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hans-Joachim Wehmann	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Harald Sparringa
---------------------------	---------------	--

BergAUF

Frau Fatma Uyar	ordentl. Mitglied
-----------------	-------------------

Von der Verwaltung nehmen teil

Herr Udo Harder	Jugendamtsleiter
Frau Juditha Siebert	Geschäftsführerin des Integrationsrates

Entschuldigt fehlen

Herr Mehmet Alan	stv. Mitglied
Herr Aydin Ayyildiz	ordentl. Mitglied
Frau Christine Busch	Beigeordnete
Herr Ismail Cakir	ordentl. Mitglied
Herr Abdülkerim Dede	ordentl. Mitglied
Herr Birol Dereli	stv. Mitglied
Herr Julian Deuse	ordentl. Mitglied
Frau Melyedim Ertem	stv. Mitglied
Herr Kemal Öztürk	ordentl. Mitglied
Herr Dennis Riller	stv. Mitglied
Herr Andre Rocholl	ordentl. Mitglied
Herr Cengiz Sirkeci	ordentl. Mitglied
Herr Furkan Sirkeci	stv. Mitglied
Herr Harald Sparringa	ordentl. Mitglied
Herr Mehmet Tasdemir	stv. Mitglied
Herr Cengiz Uysal	stv. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Integrationsrat ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil:**

1	Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht- deutscher Staatsangehörigkeit; hier: Musterantrag des Landesintegrationsrates NRW - Referentin: Ksenija Sakelsek, stellv. Vorsitzende des Landesintegrationsrates	11/0326
---	---	---------

2	Zwischenbericht des Arbeitskreises des Bergkamener Integrationsrates; mdl. Bericht: Herr Suvat Kaya, Vorsitzender	11/0328
3	Verschiedenes	
4	Einwohnerfragestunde	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:

Tagesordnungspunkt 1:

**Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht- deutscher Staatsangehörigkeit;
hier: Musterantrag des Landesintegrationsrates NRW -
Referentin: Ksenija Sakelsek, stellv. Vorsitzende des Landesintegrationsrates
Vorlage: 11/0326**

Frau Ksenija Sakelsek, stellv. Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, erläutert anhand einer Power Point Präsentation den zeitlichen Ablauf der Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

Mit Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages 1992 wurde eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Laut Artikel 8 hat „jeder EU-Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedsstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen...“

Im Jahr 1995 gab es in Berlin die erste Wahlbeteiligung von EU-Bürgern bei einer Kommunalwahl.

Durch verschiedene Kampagnen u.a. der großen Koalition in den Jahren 2005-2009, des Landesintegrationsrates und der kommunalen Integrationsräte wurde bis dato erreicht, dass die Verfassungskommission des Landtags eine Reform der Verfassung des Landes NRW in Bezug auf das Wahlrecht für Ausländer vorbereitet.

Der Landesintegrationsrat setzt sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ein.

Da eine Einbürgerung für viele Ausländer mit Nachteilen verknüpft ist, diese sich aber nicht als Ausländer fühlen bzw. teilweise seit Jahrzehnten in ihrer Stadt leben und integriert sind, sollte ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, politisch mitbestimmen zu können.

Die Ungleichbehandlung von nicht-deutschen Staatsangehörigen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten sollte lt. Frau Sakelsek nicht länger akzeptiert werden.

Bisher haben 31 Integrationsräte aus NRW ihre Unterstützung in Form einer Empfehlung an den Rat der jeweiligen Stadt zugesagt.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Bergkamen beschließt, sich für das Kommunale Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit einzusetzen.

Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Bergkamen, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen.

Der Integrationsrat bittet den Bürgermeister und die Mitglieder des Rates der Stadt, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z.B. kommunale Spitzenverbände) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 9 Nein 1

Tagesordnungspunkt 2:

**Zwischenbericht des Arbeitskreises des Bergkamener Integrationsrates;
mdl. Bericht: Herr Suvat Kaya, Vorsitzender
Vorlage: 11/0328**

Der Vorsitzende, Herr Kaya, berichtet über den Qualifizierungslehrgang „Verhalten in Not- und Unfallsituationen“, den der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit den Johannitern NRW durchgeführt hat. Insgesamt haben 9 weibliche und 7 männliche Jugendliche teilgenommen. Eventuell wird noch ein Aufbaukurs angeboten.

Eine Berlinfahrt in den Bundestag ist durch den Arbeitskreis weiterhin in Planung.

Für Samstag, den 12. September, ist eine Fahrt mit jugendlichen Migranten in die Justizvollzugsanstalt Schwerte geplant. Die Begegnung mit Straffälligen soll dazu dienen, die Jugendlichen abzuhalten, Straftaten zu begehen. Ein erstes Informationsblatt über den Ablauf in der JVA wurde an die Sitzungsteilnehmer ausgegeben.

Herr Kaya wird dem nächsten Treffen der Bergkamener Schuldirektoren beiwohnen, um Auskünfte in Bezug auf den übergeordneten Themenbereich „Eltern und Schüler mit Migrationshintergrund“ an Bergkamener Schulen einzuholen.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen des Vorsitzenden zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3:

Verschiedenes

- I. Der Kontakt zum Verband Islamischer Kulturzentren e.V. (VIKZ) in der Präsidentenstr. 81 in Bergkamen soll lt. dem Vorsitzenden Kaya zukünftig intensiviert werden. In der nächsten Sitzung des Integrationsrates will sich der Verein den Mitgliedern des Integrationsrates vorstellen.
- II. Frau Siebert geht auf die Anfragen aus der letzten Sitzung des Integrationsrates am 24.02.2015 ein.

1. Information über die Migrantenquote am städtischen Gymnasium:

- Zur Migrantenquote am städt. Gymnasium wurde ermittelt, dass von 1061 Schülerinnen und Schüler (SuS) 373 einen Migrationshintergrund haben. Das entspricht einem Anteil von 30%. Im Schuljahr 2014/2015 besuchten 30 ausländische Kinder diese Schule.

2. Anzahl der angemeldeten und tatsächlich aufgenommenen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an o.g. Schule:

- Die Schulleiterin des Gymnasiums übermittelte, dass an der Schule alle Kinder entsprechend der gesetzlichen Vorgaben angenommen werden, die vorab angemeldet wurden. Es gibt keine Abweisung von Schülern aufgrund eines Migrationshintergrundes.

3. Auskunft über die SuS mit Migrationshintergrund und deren Abschluss an der Willy- Brandt- Gesamtschule:

- An der Willy-Brandt-Gesamtschule haben 743 von 1222 SuS einen Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil von 61%. Im Schuljahr 2014/2015 besuchten 229 Schüler mit einem ausländischen Pass die Gesamtschule. Welchen Abschluss die SuS mit Migrationshintergrund machen, wird nicht ermittelt. Aus schulischer Sicht ist dies nicht notwendig.

4. Überprüfung der Overberger Schule in Bezug auf die angemeldeten und tatsächlich aufgenommenen Kinder mit Migrationshintergrund.

- Im Schuljahr 2014/2015 besuchten 192 Kinder die Grundschule, davon hatten 47 Migrationshintergrund (~ 25%) und 3 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Anzahl der fristgemäß angemeldeten Kinder mit Zuwanderungshintergrund entspricht auch der Anzahl der tatsächlich aufgenommenen.

Grundsätzlich wird noch darauf hingewiesen, dass die meisten Eltern ihr Kind an der nächstgelegenen Grundschule anmelden, obwohl dies durch die Schulbezirksgrenzen nicht mehr vorgegeben wird.

Im Anschluss an die Ausführungen weist der Vorsitzende, Herr Kaya, darauf hin, dass seiner Kenntnis nach an der Gerhardt- Hauptmann-Schule eine Schulklasse zu 90% aus SuS mit Migrationshintergrund bestand. Die Grundschule würde schon als „Ausländerschule“ bezeichnet. Bei diesem hohen Anteil an Migrantenkindern könnten die Kinder nur erschwert Deutsch lernen.

Um diesem Zustand vorzubeugen, schlägt der Vorsitzende vor, die Eltern durch die Politik bzw. die Verwaltung darüber zu informieren, dass an allen Schulen freie Schulwahl besteht. Die anwesenden Mitglieder tauschen sich darüber aus, dass

- dies bereits aus dem Informationsschreiben an die betroffenen Eltern hervorgeht,
- die Eltern wahrscheinlich aufgrund des längeren Schultransports davon absehen, ihr Kind an einer entfernteren Schule anzumelden,

- die Initiative zu einer Aufklärungskampagne aus der Migrantenbevölkerung gestartet werden sollte,
 - zukünftig eventuell mehrsprachige Informationsveranstaltungen in den Migrantenvereinen durchgeführt werden,
 - das gleiche Problem auch bei der KITA- Auswahl bei Eltern mit Migrationshintergrund besteht,
 - zu diesem Thema kein politisches Mandat besteht, da die Schulgrenzbezirke durch die Politik bereits aufgehoben wurden,
 - im Endergebnis der Leiter des Schulverwaltungsamtes und die zuständige Dezernentin zur nächsten Sitzung eingeladen werden, damit gemeinsam ein Konzept entwickelt werden kann, wie ebd. Eltern über ihre Rechte aufgeklärt werden könnten.
- III. Herr Kaya dringt darauf, für den Ordnungsdienst am Nordberg Streetworker bzw. Mitarbeiter mit türkischem Migrationshintergrund einzusetzen, damit die Sprachbarrieren überwunden werden und den Anweisungen des Ordnungsamtes eher Folge geleistet wird. Eine Belebung der Fußgängerzone wurde bisher durch mehrere Ansätze der Politik und der Verwaltung ergebnislos verfolgt. Auch dieser Punkt soll in der nächsten Sitzung mit der Dezernentin diskutiert werden.
- IV. Folgende Termine werden bekannt gegeben:
 Dienstag, 01.09.2015, 17:00 Uhr: nächste Integrationsratssitzung
 Samstag, 19.09.2015, 13:00 Uhr: Hauptausschusssitzung des
 Landesintegrationsrates in Gütersloh
- V. Frau Isilar berichtet, dass sie mit den Jugendlichen der Alevitischen Gemeinde das Projekt „Comedy gegen Rassismus“ plant. Der genaue Durchführungstermin steht noch nicht fest.

Tagesordnungspunkt 4:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Suvat Kaya
Vorsitzender

Juditha Siebert
Schriftführerin